



Dienstag
12. April 2016

124. Jahrgang Nr. 84
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich



TV-Strahlepaar
Das kann ja heiter werden: ein Essen mit den Geissens.
25

Superkräfte
Es gibt Menschen, die trotz Gendefekt nicht krank werden.
42

Aufgetaucht
Yehudi Menuhins Geigenkonzert in der Kirche Saanen.
12

Swissmill-Silo
Das zweithöchste Gebäude in Zürich erregt die Gemüter.
19

Obligatorische Deutschkurse für Dreijährige

Zürich will, dass Kleinkinder Förderkurse besuchen müssen. In Basel-Stadt funktioniert das schon.

Daniel Schneebeli, Helene Arnet und Anja Burri

Dreijährige, die nicht gut Deutsch können, müssen im Kanton Basel-Stadt seit 2013 zwei Halbtage pro Woche in einen Förderkurs. Ein Deutschkurs-Obligatorium für Kleinkinder will nun auch der Kanton Zürich prüfen. Der Kantonsrat hat sich gestern für eine parlamentarische Initiative ausgesprochen, die das fordert.

Dass eine solche Frühförderung nötig ist und Früchte trägt, zeigt eine Evaluation des Basler Modells: Mehr als ein Drittel der Kleinkinder konnte ungenügend Deutsch. Werden sie an zwei Halbtagen pro Woche gezielt gefördert, wirkt sich das bereits positiv auf ihr Sprachvermögen aus. Allerdings wäre laut Fachleuten eine noch frühere und intensivere Förderung sinnvoll.

Doch sind solche Frühförderungsprogramme nicht gratis zu haben. Und an der Kostenfrage scheiden sich die Geister. In Basel-Stadt stellt man sich auf den Standpunkt, dass der Kanton bezahlt, da die obligatorische Sprachförderung so verbindlich wie die Schulpflicht sei. Die Kosten betragen in Basel-Stadt pro Kind 3750 Franken. Auch in Zürich dürfte der Knackpunkt bei der Finanzierung liegen, wenn es um die endgültige Unterstützung des Projekts geht. Denn die Mehrheit im Rat kam zustande, weil sich die FDP hinter das Anliegen stellte. Allerdings verlangten die Freisinnigen in

der konkreten Ausgestaltung ein kostenneutrales «Zürcher Modell». Die SVP stellte sich gestern grundsätzlich gegen die staatlich verordnete Frühförderung. Das sei Sache der Eltern. Dafür wolle man keinen neuen Geldtopf öffnen.

Kostenfrage vor Bundesgericht

Auch in den Kantonen Luzern und Thurgau sind obligatorische Deutschkurse für Kinder in Diskussion. In beiden Kantonen sollen die Eltern sich mindestens an den Kosten beteiligen. In Luzern läuft

Frühförderung

Kommentar: Eine Investition, die sich auszahlt. - Seite 2

Eltern fremdsprachiger Kinder sollen für Extra-Deutschstunden zahlen. - Seite 3

Das Zürcher Parlament streitet darüber, wer die Frühförderung bezahlen soll. - Seite 17

derzeit die Referendumsfrist. Im Thurgau sollte das geänderte Volksschulgesetz bereits im August in Kraft treten, doch haben vier Personen eine Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Sie argumentieren, dass die Verfassung unentgeltlichen Grundschulunterricht garantiere. Dieses Grundrecht werde verletzt, wenn Eltern für obligatorische Sprachkurse bezahlen müssten. Der nationale Lehrerdachverband vertritt den Standpunkt, dass Sprachförderkurse für alle Kinder kostenlos sein sollten.

Der harte Kampf gegen das Altern



In der Mitte des Lebens wird der Bauch weicher, die Endlichkeit rückt ins Bewusstsein - und der Sportwahn geht los. Neun TA-Journalisten berichten über ihre erfolgreichen oder bedrückenden Trainingserfahrungen. - Seite 31

Heute

Breiter Widerstand gegen Schutz von Biotopen

Das Bundesamt für Umwelt möchte die Liste von Auengebieten, Flachmooren, Hochmooren, Amphibienlaichgebieten und Trockenwiesen, die unter nationalen Schutz gestellt sind, um zusätzliche 22 466 Hektaren erweitern. Der Schweizerische Gemeindeverband fürchtet wirtschaftliche Einbussen und fordert den Abbruch des Prozesses. - Seite 4

Chinesen machen Gategroup ein Milliarden-Übernahmeangebot

Gategroup könnte bald in chinesischen Händen sein. Der Mischkonzern HNA hat dem angeschlagenen Schweizer Flugcaterer ein Übernahmeangebot in der Höhe von 1,4 Milliarden Franken gemacht. Der Hauptsitz bliebe in der Schweiz. HNA überliesse auch die Leitung von Gategroup dem bisherigen Management. - Seite 9

Service

Börse	10	Fernsehprogramme	36
Leserbriefe	15	Veranstaltungen	38
Todesanzeigen	27	Rätsel	40
Stellenanzeiger	34	Wetter	41

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch

inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,

8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch

Kommentare & Analysen

«Die ganze Trostlosigkeit einer verpassten Chance unter blauem Himmel.»

Oliver Meiler über die italienische Industriearbeit. - Seite 6

Kann Homöopathie auch ein Rezept für besseren Journalismus sein?

- Seite 13

Im Playoff-Final ist die Situation für die Berner gefährlicher, als man meinen könnte. - Seite 30

Bankiers kämpfen gegen Anlegerschutz

Öffentlich hat sich die Bankiervereinigung hinter den Entwurf des Bundesrats für mehr Anlegerschutz gestellt. Im November bejahte sie den Entwurf des Bundesrats. Mit dem vorliegenden Entwurf werde «einem modernen Anlegerschutz Rechnung getragen». Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Ein Brief, den Bundesrat Ueli Maurer der Wirtschaftskommission geschickt hat, zeigt, dass die Finanzlobby hinter den Kulissen kräftig für einen verwässerten Anlegerschutz kämpft. Sie hat über das Finanzdepartement 55 Änderungen verlangt - meist Streichungen - etwa zur Pflicht zur Kundeninformation und Risikoaufklärung. Sie wird unterstützt von Kantonal- und Raiffeisenbanken.

Gemäss der Bankiervereinigung stammten nicht alle Eingaben von ihr. Auch Assetmanager, unabhängige Vermögensverwalter und Versicherer seien beteiligt. Den Anstoss dazu habe das Finanzdepartement gegeben, das um «Verbesserungsvorschläge» gebeten habe. Es sei normal, dass man sich für die Streichung unnötiger Regeln engagiere: «Das machen alle.» Anlegerschutz rufen: «Skandal!» (val) - Seite 8

Gespräche nach den Krawallen von Basel

Nach den Krawallen im Anschluss an die Partie des FC Basel gegen den FC Zürich vom Sonntag wird in Basel nach dem Grund für den Gewaltausbruch gesucht. Seit dem 13. Mai 2006 waren die FCB-Fans rund um Heimspiele kaum mehr gewalttätig. Der FC Basel, die Polizei und die Fanarbeit Basel wollen heute an einer gemeinsamen Sitzung den Auslöser finden, der zum Ende dieser relativen Ruhe geführt hat. Nach TA-Recherchen gaben kleine Vorkommnisse den Ausschlag. Eine Polizeieinheit scheint einen unüblichen Weg gewählt zu haben, der sie näher an eine Gruppe Fans aus dem harten Kern führte als üblich. Aus dieser Gruppe sei provoziert und gespuckt worden, es soll ein erstes Handgemenge und ein Einsatz von Gummischrot gefolgt sein. In der Folge wurden die Polizisten auf der Plattform hinter der Basler Fankurve massiv angegriffen.

Auch beim heutigen Eishockey-Playoff-Finalspiel zwischen Lugano und dem SC Bern (20.15 Uhr) werden Ausschreitungen befürchtet. Als der ZSC im Finalspiel von 2001 Lugano besiegte, flogen Bänke, und Menschen wurden mit Feuerwerk beschossen. (fra) - Seite 29, 30

1850 Flüchtlinge aus Mittelmeer gerettet

Zwischen Libyen und Sizilien sind am Montag 1850 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet worden. Wie die italienische Küstenwache mitteilte, rettete eines ihrer Schiffe 740 Insassen von zwei kleinen Flüchtlingsbooten. Weitere 255 Flüchtlinge, die sich auf zwei Schlauchbooten befanden, gelangten an Bord eines italienischen Marineschiffs. Ein vom Operationszentrum der Küstenwache umdirigiertes Handelsschiff nahm 117 Flüchtlinge auf. Der Einsatzgruppenversorger «Frankfurt am Main» der deutschen Bundeswehr griff 738 Migranten und Flüchtlinge auf, die sich an Bord von zwei Kähnen und einem kleinen Boot befanden.

Seitdem die Balkanroute gesperrt ist, versuchen wieder mehr Syrer über Libyen nach Europa zu kommen. Zehntausende warten auf die gefährliche Überfahrt. Und nicht wenige, die sie gewagt haben, haben nicht überlebt. Die Leichenhäuser in der Hafenstadt Garabulli und in Tripolis sind voll. Mehrere europäische Regierungschefs warnten in den letzten Tagen davor, Libyen könnte zum Ausgangspunkt einer neuen Migrationsbewegung werden. (SDA/TA) - Seite 5



Zürich

Mister PWG
Ueli Keller macht sich für preiswerte Wohnungen stark.

20



Elia Binelli
Sein Heft «Lyrics» ist das Sprachrohr der Sprechsänger.

24

Deutsch für Kleinkinder

Der Kantonsrat will Kinder, die ungenügend Deutsch sprechen, vor dem Kindergarten in die Frühförderung schicken. Uneinig ist sich das Parlament, wer das bezahlen soll. Grundsätzlich dagegen ist die SVP.

Daniel Schneebeli

Es ist unbestritten: Die Startchancen von fremdsprachigen Kindern in der Schule sind schlecht. Weil sie schon am Anfang nur ungenügend verstehen, was die Kindergärtnerin oder der Lehrer verlangt, können sie ihr Leistungspotenzial nicht ausschöpfen. Einig war sich gestern das Zürcher Kantonsparlament auch darüber, dass das unerfreulich ist und behoben werden sollte.

Aus diesem Grund hat der Kantonsrat mit 105 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Markus Späth (SP, Feuerthalen) und Daniel Frei (SP, Niederhasli) vorläufig unterstützt. Mit dieser würde eine Pflicht zur Frühförderung ins Gesetz geschrieben - eine Pflicht, die für Kinder gilt, die nicht oder zu wenig gut Deutsch sprechen. Als Vorbild dient ein Modell aus dem Kanton Basel-Stadt, wo Kleinkinder aus fremdsprachigen Familien vor dem Eintritt in den Kindergarten Deutschkurse besuchen müssen. Die Basler haben mit ihrer Frühförderung gute Erfahrungen gemacht.

Folgekosten sparen

Spillmann betonte gestern, die Zürcher Schule schaffe es nur ungenügend, allen Kindern die gleichen Bildungschancen zu geben. Gemäss der Pisa-Studie haben 40 Prozent der Zürcher Jugendlichen sechs Jahre nach der obligatorischen Schule ungenügende Lesekompetenzen. Mit den obligatorischen Deutschkursen, die er für einen Teil der Kinder fordert, könne dieses Manko vermindert werden. Dies sei im Interesse der Kinder und auch der Öffentlichkeit. Das betonte auch Karin Fehr (Grüne, Uster): «Frühförderung zahlt sich aus.» Etwa, weil später in der Schule weniger sonderpädagogische Massnahmen nötig sind und mehr gut ausgebildete Jugendliche auf dem Markt sind.

Grundsätzlich Unterstützung erhält die SP von der FDP. Deren Sprecherin Cäcilia Hänni (Zürich) betonte allerdings, das Modell Basel könne in Zürich nicht eins zu eins übernommen werden. Die Freisinnigen wollen ein möglichst kostenneutrales Förderprogramm. Deshalb haben sie parallel zur SP-Initiative eine Motion eingereicht. Sie verlangt vom Regierungsrat einen Vorschlag für ein eigenständiges Modell. Insbesondere sollen finanzielle Mittel aus den Budgets für die Lektionen «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) der Schulen in die Frühförderung umgelagert werden. Besonders abgeschreckt von diesem Vorschlag wurde die AL. Obwohl sie grundsätzlich für Frühförderung ist, lehnte sie sowohl SP-Initiative als auch FDP-Mo-



Frühförderung lohnt sich: Deutschkurs in einer Kinderkrippe für fremdsprachige Kinder in Kloten. Foto: Reto Oeschger

tion ab - aus Angst vor Abstrichen im DaZ-Unterricht. «Beim gegenwärtigen Spardruck kann nur eine vermehrte Frühförderung entstehen», sagte Judith Stofer (AL, Zürich). Ebenfalls gegen die FDP-Motion waren Grüne, GLP, CVP, EVP und EDU. Allerdings begründeten diese Parteien ihr Nein teilweise mit for-

malen Gründen, es habe keinen Sinn, zwei Vorstösse zum gleichen Thema einzureichen. Die EVP befürchtet zudem wie die AL, dass der Schule Mittel entzogen würden. Der EDU-Sprecher Hans Egli (Steinmaur) betonte zudem, in der Frühförderung müssten die Kinder auch mit den Sitten in der Schweiz vertraut

gemacht werden. «Deutsch allein reicht nicht», sagte Egli.

SVP sieht Eltern in der Pflicht

Grundsätzlich gegen staatlich verordnete Frühförderung sprach sich die SVP aus. Das sei Sache der Eltern. «Für so etwas öffnen wir sicher keinen neuen Geldtopf», sagte Rochus Burtcher (Die-tikon). Er sieht als grösste Profiteure der Vorschulcourse nicht die Kinder, sondern die Förder- und Sozialindustrie der Linken. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) doppelte nach, der Staat dürfe sich nicht noch mehr in die Familien einmischen, für fremdsprachige Kinder gebe es genügend Angebote. Hauser nannte die Aufnahmeklassen und die Möglichkeit, eine Klasse zu repetieren.

Schliesslich lehnte der Rat die FDP-Motion mit 99:69 Stimmen ab. Eine Kommission wird nun die in der SP-Initiative verlangte Gesetzesänderung vorbereiten. Ob der Rat dem Begehren am Ende zustimmt, ist ungewiss. Die GLP hat zum Beispiel Vorbehalte angemeldet - speziell für den Fall, dass Mehrkosten entstehen. Sollte der Kantonsrat in etwa einem Jahr zustimmen, würde die SVP wohl eine Volksabstimmung erzwingen. *Kommentar Seite 2*

Basler Modell Mehr als ein Drittel braucht Deutschkurs

Seit 2013 müssen im Kanton Basel-Stadt 3-jährige Kinder, die nicht genügend Deutsch können, Spielgruppen oder eine Tagesschule besuchen. Dort werden sie altersgemäss an mindestens zwei halben Tagen in Standard-sprache oder Dialekt unterrichtet. Ob ein Kind eine solche Frühförderung braucht, wird aufgrund eines Fragebogens ermittelt, den alle Eltern eineinhalb Jahre vor dem Kindergarten-eintritt ausfüllen müssen. In den letzten Jahren wurde jeweils gut ein Drittel aller Kleinkinder in ein solches Deutsch-förderungsprogramm eingeteilt. Es hat sich gezeigt, dass vier von fünf Kindern mit Deutsch als Zweitsprache achtzehn Monate vor Kindergarteneintritt nicht oder nur rudimentär Deutsch können. Der Besuch einer ausserfamiliären Einrichtung mit Deutschförderprogramm ist so obligatorisch

wie die Schulpflicht und wird daher vom Kanton bezahlt. Die Kosten betragen pro Kind rund 3750 Franken. Eine Fachgruppe um Alexander Grob von der psychologischen Fakultät der Universität Basel hat den Erfolg dieses Projektes evaluiert. Das Resultat: Die Sprachleistung der Kinder, die an zwei Halbtagen eine solche Einrichtung besuchten, hat sich nach einem Jahr klar verbessert. Allerdings können sie den Abstand gegenüber Kindern mit Deutsch als Muttersprache bei weitem nicht aufholen - er vergrössert sich sogar, einfach weniger stark als bei fremdsprachigen Kindern, die nicht spezifisch gefördert werden. Laut Fachleuten wäre es sinnvoll, wenn die Kinder sich während zwanzig Stunden pro Woche in einer solchen deutschsprachigen Förder-einrichtung aufhalten - und noch früher eintreten würden. (net)

Gesehen & gehört Gespanntes Warten im Kantonsrat vor der Sparübung am Mittwoch. *Von Ruedi Baumann*

Lehrer sind am schnellsten - beim Jammern

Morgen lässt Regierungspräsident **Ernst Stocker** (SVP) die Katze aus dem Sack: Er gibt die Details des Sparprogramms bekannt. Ziel: Die Regierung muss in den nächsten vier Jahren 1,8 Milliarden einsparen. Der Abbau scheint vor allem den Lehrpersonen Bauchschmerzen zu bereiten. Während alle anderen Betroffenen abwarten - Pflegefachfrauen, Strassenbauer, Polizisten und sogar die Gewerkschaften - ist die Lehrerschaft bereits im Januar auf die Strasse. Der Verband der rund 700 Schulleiterinnen und Schulleiter hat nun am Sonntag als erster Verband ein Protestcommuniqué verschickt und sich gegen mögliche Änderungen in der Anstellung der Schulleiter gewehrt, da dies zu «Verunsicherungen» und einer «Überlastung des Gesamtsystems Volksschule» führe. Dabei sind die Massnahmen noch streng geheim, die Fraktionspräsidenten des Kantonsrats werden erst heute Abend

informiert. Nachdem offenbar die Bildungs-direktion interveniert und die Schulleiter an die Vertraulichkeit von Gesprächen erinnert hatte, teilten diese mit, die Mitteilung sei «irrtümlicherweise zu früh» verschickt worden.

*

Die Reaktionen auf das Gejammer der Schulleiter waren verheerend. SP-Präsident **Daniel Frei** sagt: «Dass sich Führungspersonen so ungeschickt benehmen, ist bedenklich.» FDP-Fraktionschef **Thomas Vogel** warf der Lehrerschaft im Januar vor, vor allem in eigener Sache zu lobbyieren. Es sei nicht akzeptabel, «den normalen politischen Prozess auszuhebeln».

Unter das Thema «Fremdschämen» geht die Fraktionserklärung von SVP-Kantonsrat **Hans-Peter Amrein**. Nach den Krawallen beim Spiel FCB - FCZ deklarierte Amrein vor versammeltem

Rat: «Ich schäme mich.» Amrein schämte sich im Namen aller Fussballfans und entschuldigte sich «gegenüber den Basler Behörden». Doch er muss sich nur für Basler Hooligans schämen. **Kaspar Meng**, Sicherheitsverantwortlicher des FCZ, sagte unter Berufung auf Polizeiberichte: «Die Zürcher Fans sind friedlich zum Stadion gezogen und friedlich und pünktlich mit dem Zug wieder nach Hause gefahren.» Pikant: Ausgerechnet die beiden Basel sind beim Hooligan-Konkordat nicht dabei.

*

Am Sechseläuten vom nächsten Montag fällt erstmals seit langem die Kantonsratssitzung aus. «Aus Respekt gegenüber diesem grossartigen Fest», begründet Ratspräsidentin **Theresia Weber** (SVP), selber Ehrengast, «und weil ab 10 Uhr die Aufmerksamkeit abnimmt.» CVP-Fraktionschef und

Wädenswiler Stadtpräsident **Philipp Kutter** kontert: «Das Sechseläuten ist die Feier der Stadtzürcher Zünfte, die uns Landeiern während vieler Jahrhunderte die Kappe gewaschen haben.»

*

EVP-Kantonsrat **Markus Schaaf** geht mit seiner fünfköpfigen Familie in die Frühlingferien - nach Panama. Gebucht hatten die Schaafs vor einem Jahr. Ihr Ziel: am karibischen Strand «Beziehungen zu Freunden pflegen». Nun wird Schaaf von seinen politischen Freunden böse gehänselt. Doch der Leiter der Heimstätte Rämismühle betont: «Ich habe ein lupenreines Gewissen.» Er müsse weder ein Vermögen verstecken, noch habe er bezahlte VR-Mandate, noch Beteiligungen an Firmen. Wenn man solche Behauptungen einem Politiker überhaupt glauben darf, dann am ehesten dem lammbraven Schaaf.

Anzeige

POP-UP LAGERVERKAUF

GO INTERIORS GMBH

SEESTRASSE 346
ZÜRICH-WOLLISHOFEN
(ehemals Papeterie Pfeiffer)

MÖBEL & ACCESSOIRES

MO - FR 12:00 BIS 18:30

SA 10:00 BIS 17:00

BIS ENDE MAI 2016

Absage an die Morgenmuffel

Der Schulbeginn wird nicht nach hinten verschoben, um die S-Bahn zu entlasten.

Daniel Schneebeli

Der Kantonsrat zeigte gestern keine Gnade mit Nachteulen und Morgenmuffeln. Er lehnte ein Postulat der SP mit 107:63 Stimmen ab, das in den Sekundarschulen, in den Berufsschulen und in den Gymnasien einen späteren Schulbeginn gefordert hat. Die Sozialdemokraten wollten einerseits die S-Bahn in den Spitzenzeiten entlasten und dazu dem Biorhythmus von halbwüchsigen Schülern besser gerecht werden.

Postulantin Renate Büchi aus Richterswil klagte, um 7.30 Uhr seien in den überfüllten Zügen gefühlte 50 Prozent der Fahrgäste Schüler. Sabine Sieber (SP) begründete das Anliegen mit einer Studie aus einem deutschen Gymnasium. Demnach führe bereits eine Verschiebung des Schulbeginns um 20 Minuten dazu, dass die Schüler weniger schwänzten. Zudem würden die Jugendlichen am Abend nicht später zu Bett gehen: «Jugendliche haben eben kein Gold im Mund, sondern Blei im Hintern», sagte Sieber. Für einen späteren Schulbeginn spreche auch die Aussage eines ihr bekannten pensionierten Sekundarlehrers. Für ihn war jeweils die erste Schulstunde am Morgen die schönste Stunde, weil die Schüler dort noch schliefen.

Unterstützt wurde die SP unter anderem von der CVP, hauptsächlich wegen des sich verändernden Biorhythmus der Jugendlichen zwischen dem 12. und dem 16. Lebensjahr. «Dieses hormonell bedingte Bedürfnis nach längerem Schlaf können wir mit dem Vorstoss aufpassen», sagte Yvonne Bürgin (CVP). Hinter der SP standen auch die Grünliberalen und die EVP. Die Grünen stimmten nur teilweise mit der SP. Robert Brunner betonte, die Verschiebung des Schulbeginns bringe kaum etwas im öffentlichen Verkehr. «Wenn wir für Entlastung sorgen wollen, müssen wir den Schulbeginn vorverlegen. Zwischen 5 und 6 Uhr hats noch Platz in den Zügen.»

Keine neuen «Kuschelkinder»

Nein stimmte die SVP. Anita Borer befürchtet Nutzungskonflikte mit Vereinen, weil die Schulräume am Abend länger belegt wären. Zudem ist Borer vom Sinn des frühen Schulbeginns überzeugt: «Der frühe Vogel fängt den Wurm.» Die EDU will verhindern, dass zwischen Gymnasiasten und Lehrlingen ein «Röschdigraben» aufgehe. Sie befürchtet eine «Verhätschelung» der Studenten, wenn diese später anfangen müssen. «Wir wollen keine neuen Kuschelkinder», sagte Michael Welz. Er warf die Frage auf: «Und wie werden wir dem Biorhythmus der Lehrer gerecht?»

Schliesslich zeigte sich Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) überzeugt, dass der Kanton mit dem Bau einer neuen Mittelschule in Uetikon seinen Teil zur Entlastung der S-Bahn beitrage. Immerhin pendeln von der Goldküste täglich 1500 Gymnasiasten nach Zürich.

Schweiz

Eltern fremdsprachiger Kinder sollen Extra-Deutschstunden selber zahlen

Thurgau und Luzern wollen bei den Sprachförderkursen sparen. Vier Thurgauer wehren sich.

Anja Burri
Bern

Für Kinder von Migranten und Flüchtlingen ist die Schule der Schlüssel zur Integration. Viele fremdsprachige Kindergartenkinder oder Primarschüler lernen nicht zu Hause, sondern in den staatlichen Institutionen Deutsch. Das kostet Geld. Die Kantone Thurgau und Luzern sind nicht mehr bereit, diese Zusatzkosten in jedem Fall zu tragen. Beide Kantonsparlamente haben kürzlich ihre Gesetze so geändert, dass ein Teil dieser Kosten auf die betroffenen Eltern abgewälzt werden kann. Im Aargau hat das Kantonsparlament die Bildungsdirektion damit beauftragt, die Idee zu prüfen.

In Luzern betrifft die neue Regelung Kinder im Vorschulalter: Die Gemeinden können künftig Kinder mit «unzureichenden Deutschkenntnissen» verpflichten, ein Jahr vor dem Schuleintritt Sprachförderkurse zu besuchen. Und sie können die Eltern dazu zwingen, einen «angemessenen finanziellen Beitrag» zu leisten. Über die Höhe des Elternbeitrages sollen die Gemeinden entscheiden. Die Regierung schätzt, dass pro Schülerjahrgang rund 600 Kinder zusätzlichen Deutschunterricht benötigen.

Im Kanton Thurgau geht es um die obligatorische Schule. Schüler, die zu wenig gut Deutsch sprechen, können künftig «in besonderen Fällen» zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden. Die Erziehungsberechtigten sollen dafür wie auch für allfällig nötige Dolmetscherdienste zum Beispiel an Elternabenden zur Kasse gebeten werden können. In Luzern läuft derzeit noch die Referendumsfrist. Im Thurgau plant die Regierung, das geänderte Volksschulgesetz per 1. August in Kraft zu setzen. Das möchte im Kanton Thurgau eine Gruppe aus Privatpersonen unbedingt verhindern. Vier Personen haben am Bundesgericht eine Beschwerde in Form einer sogenannten abstrakten Normenkontrolle eingereicht: Das Bundesgericht soll überprüfen, ob das neue Gesetz mit Bundesrecht vereinbar ist.

Grundlegende Fragen gestellt

«Die Verfassung garantiert jedem Schulkind das Recht auf unentgeltlichen Grundschulunterricht», sagt Valentin Huber im Namen der Beschwerdeführer. Wenn Thurgauer Gemeinden Rechnungen für obligatorische Sprachkurse verschicken, werde das Recht auf unentgeltlichen Grundschulunterricht eingeschränkt. Weiter stellten sich grundlegende Fragen zur Rechtsgleichheit: «Werden alle Kinder gleich behandelt? Wie stellt man überhaupt fest, wer nicht gut genug Deutsch spricht?» Zudem ziele die geplante Thurgauer Regelung auf den Integrationswillen ausländischer Familien. «Wer sich nach Ansicht der Behörden nicht gut genug integriert, soll finanziell bestraft werden», sagt Huber. Solche Regelungen hätten im Volksschulgesetz nichts verloren. Die Beschwerde wurde Ende Februar eingereicht. Das Bundesgericht wird sie erst



Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen können zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden. Foto: Keystone

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz begrüsst es, dass das Bundesgericht jetzt Klarheit schaffen muss.

behandeln, wenn die Thurgauer Regierung den formellen Entscheid zur Inkraftsetzung des Gesetzes getroffen hat.

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) begrüsst grundsätzlich die Beschwerde gegen das Thurgauer Modell. «Es ist gut, wenn das Bundesgericht in dieser Frage Klarheit schafft», sagt LCH-Präsident Beat Zemp. Aus Lehrersicht sei das neue Gesetz problematisch: «Die Lehrperson soll eine Sprachabklärung durchführen, die dazu dient, darüber zu richten, ob die Eltern an den mangelhaften Deutschkenntnissen ihrer Kinder schuld sind.» So würde das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Eltern stark belastet.

Wie genau das neue Gesetz im Thurgau angewandt werden soll, ist noch nicht bekannt. Die Höhe der Elternbeiträge an den Sprachunterricht oder die Kriterien, wann ein Schüler zum Förderunterricht gezwungen werden kann, würden erst mit dem Erlass zur Verordnungsänderung oder allfälligen Richtlinien konkretisiert, heisst es beim Departement für Erziehung und Kultur. Aus der Botschaft an den Grossen Rat lässt sich die Haltung der Regierung ableiten: «Die Schulgemeinden betreiben oftmals auf eigene Kosten einen hohen Aufwand zur sprachlichen Förderung solcher Kinder», schreibt sie. Dies sei besonders in Fällen stossend, in denen die Kinder in der Schweiz geboren seien und sich die Eltern «nicht oder kaum um eine Integration ihrer Kinder in das Umfeld ihres Wohnortes bemüht haben».

Die Regierung argumentiert mit Bundesrecht: Das Zivilgesetzbuch verpflichte die Eltern, ihr Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und dessen geistige Entfaltung zu fördern. Obwohl das kantonale Gesetz

noch nicht in Kraft ist, machen einzelne Gemeinden bereits vorwärts. Etwa in Romanshorn sollen Eltern von in der Schweiz geborenen fremdsprachigen Kindern künftig 500 Franken an den zusätzlichen Deutschunterricht bezahlen - falls sie es versäumt haben, ihr Kind zweimal pro Woche in die Spielgruppe zu schicken.

200 000 Franken pro Jahr

Kein Widerstand gegen das Gesetz zeichnet sich bisher im Kanton Luzern ab. Die kantonale Lehrpräsidentin Annamaria Bürkli begrüsst die Frühförderung grundsätzlich. «Wenn die Sprachkurse aber obligatorisch sind, sollten sie nichts kosten», sagt auch sie. Der Kanton steht unter grossem Spardruck, entsprechend sind die Kosten ein wichtiges politisches Argument. Die Regierung rechnet damit, dass die neue sprachliche Frühförderung die Gemeinden pro Jahr rund 200 000 Franken und den Kanton 100 000 Franken mehr kostet - ohne Elternbeiträge.

Kommentar Seite 2, weiterer Bericht Seite 17

Nachrichten

Aussenpolitik

Didier Burkhalter unterhält sich mit Sergei Lawrow

Aussenminister Didier Burkhalter hat gestern in Moskau seinen russischen Amtskollegen Sergei Lawrow zu einem Arbeitsbesuch getroffen. Mit Syrien, der Ukraine, Georgien, dem Südkaukasus und dem Kampf gegen den Terror kamen mehrere Dossiers zur Sprache. «Wir sind uns zwar nicht in allen Punkten einig», sagte Burkhalter an der Medienkonferenz nach dem Treffen. Die Diskussionen und der Dialog seien indes «solide, konstruktiv und positiv». (SDA)

Asylpolitik

Prekäre Zustände in Aargauer Asylheim

Drei Dutzend abgewiesene und ausreisepflichtige Asylbewerber leben in einer Unterkunft in Holderbank AG unter prekären Umständen. Das sei «auf die Dauer kein Zustand», räumt das kantonale Departement Gesundheit und Soziales ein. Mangels Alternativen müsse jedoch im Augenblick auch eine solche Liegenschaft genutzt werden, sagte Mediensprecher Balz Bruder auf Anfrage. Das Onlineportal Watson hatte zuvor einen Bericht über die Zustände im zweistöckigen Haus an der Hauptstrasse veröffentlicht. Auf Bildern sind sanitäre Räume mit Algen und Schimmel an Wänden und Decken zu sehen. Auch die Küche sieht sehr schmutzig aus. (SDA)

Hilfswerke

Pro Infirmis verzeichnet mehr Spenden und Hilfesuchende

Die Behindertenorganisation Pro Infirmis hat im letzten Jahr 11 Prozent mehr Gelder aus Spenden und Vermächtnissen erhalten. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Menschen mit Behinderung, die auf Unterstützung angewiesen sind. Rund die Hälfte der Hilfesuchenden gelange wegen finanzieller Probleme an die Organisation, wie Pro Infirmis gestern mitteilte. (SDA)

Strassenverkehr

Kantone warnen vor Annahme der «Milchkühinitiative»

Die Kantone lehnen die «Milchkühinitiative» mit Nachdruck ab. Bei einer Annahme wären sie nicht in der Lage, die Kürzungen von Bundesgeldern zu kompensieren. Dies ginge auf Kosten von Bildung, Sicherheit, Landwirtschaft und öffentlichem Verkehr, sagte Jean-Michel Cina, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, gestern vor den Medien. Die Initiative, die alle Erträge aus der Mineralölsteuer ausschliesslich für die Strasse einsetzen will, sei eine «reine Umverteilungsübung». (SDA)

Solothurn

Moschee in Grenchen wird doch noch gebaut

Nur vier Tage vor Ablauf der Baubewilligung haben in Grenchen gestern die Bauarbeiten für eine seit Jahren geplante Moschee begonnen. Das Kulturzentrum kostet 2 Millionen Franken. Bauherrin ist die Albanisch-Islamische Glaubensgemeinschaft (AIG). Man sei froh, dass im letzten Moment alles geklappt habe, sagte AIG-Vorstandsmitglied Isa Ismaili im «Regionaljournal» von Radio SRF. (SDA)

Ärzte hoffen auf günstigere neue Hepatitis-C-Medikamente

Leberspezialisten fordern das Bundesamt für Gesundheit zu Preisverhandlungen mit den Pharmafirmen auf.

Markus Brotschi
Bern

Wegen der hohen Kosten der Medikamente gegen Hepatitis C bezahlt die Grundversicherung in der Schweiz die Behandlung erst bei fortgeschrittener Krankheit. Doch auch bei Patienten, deren Leberschädigung den Fibrosegrad 2 erreicht hat, übernehmen die Krankenkassen nicht immer jene Therapie, die die Ärzte empfehlen. So muss sich eine Patientin am Universitätsspital Basel einer Kombinationstherapie unterziehen,

die Nebenwirkungen verursacht und erst noch doppelt so teuer ist wie das hochwirksame Mittel Harvoni von Gilead: Die Kosten betragen rund 100 000 statt 50 000 Franken. Das liegt daran, dass Harvoni in der Schweiz - im Unterschied zur EU und zu den USA - für Hepatitis C des Genotyps 4 nicht zugelassen ist. Von diesem Typ sind rund 10 Prozent der Infizierten betroffen.

Nun setzen die Leberspezialisten jedoch darauf, dass noch in diesem Jahr zwei neue Hepatitis-C-Medikamente die Ausgangslage für Patienten in der Schweiz verbessern. So hat Gilead ein Nachfolgepräparat für Harvoni zur Zulassung angemeldet. Bereits im Sommer wird die Zulassung in den USA erwartet, im weiteren Verlauf des Jahres auch in der Schweiz. Mit dem neuen Gilead-Präparat aus zwei Wirkstoffen, des-

sen Name noch nicht bekannt ist, können alle Genotypen des Hepatitis-C-Virus behandelt werden. Zusätzlich kommt dieses Jahr ein Medikament von Merck auf den Markt, das gegen Hepatitis C des Genotyps 1 und 4 eingesetzt werden kann.

Bund hält an seiner Praxis fest

Markus Heim, Chefarzt am Universitätsspital Basel, hofft, dass der gleichzeitige Markteintritt zweier Konkurrenzprodukte für einen Preisdruck bei den Hepatitis-C-Medikamenten sorgt. «Der Moment ist günstig, weil erstmals zwei sehr gute Medikamente fast gleichzeitig auf den Markt kommen. Wir spekulieren, dass der Markt hier ausnahmsweise mal funktioniert, und die konkurrierenden Firmen auch mit tieferen Preisen Marktanteile erobern wollen», sagt Heim.

Gefordert ist nach Ansicht der Schweizer Leberspezialisten aber vor allem das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Dieses müsse in den anstehenden Verhandlungen mit den Pharmafirmen deutlich tiefere Preise durchsetzen, als für die bisherigen Präparate gelten. Gleichzeitig müsse für die beiden neuen Medikamente von Gilead und Merck die Beschränkung der Behandlung auf Patienten mit fortgeschrittener Leberschädigung aufgehoben werden, fordert Heim. Die heutige Limitierung der Medikamente auf Fibrosegrad 2, 3 und 4 komme einer Rationierung gleich.

Das BAG will allerdings an seiner bisherigen Praxis festhalten und die Hepatitis-C-Medikamente weiterhin nur für das fortgeschrittene Krankheitsstadium kassenpflichtig erklären. «Die bestehende Limitation ist aus medizini-

schon und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll», hält das BAG auf Anfrage fest. Das Bundesamt will zudem die Firma Gilead darauf hinweisen, dass sie für Harvoni bei Swissmedic eine Zulassung auch für weitere Genotypen beantragen könnte. Heute bezahlt die Grundversicherung Harvoni nur für Patienten mit Genotyp 1.

Der entscheidende Vorteil

Harvoni hat den grossen Vorteil, dass es ohne Interferon auskommt. Die meisten anderen zugelassenen Behandlungen erfordern dagegen den Einsatz dieses Mittels. Dieses würden die Patienten heute aber kaum mehr akzeptieren, sagt Markus Heim. Denn Interferon löse grippeähnliche Nebenwirkungen aus, was bei einer zwölfwöchigen Behandlung sehr belastend sei.

Seite Zwei



Kommentar Anja Burri,
Bundeshausredaktorin,
über Frühförderung.

Eine Investition, die sich auszahlt

Der Zürcher Kantonsrat hat gestern einen ersten Grundsatzentscheid für die Frühförderung von fremdsprachigen Kindern gefällt. Schüler, die zu wenig gut Deutsch sprechen, sollen also bereits vor dem Schuleintritt spezielle Kurse besuchen müssen. Die Debatte ist in erster Linie keine pädagogische, sondern hochpolitisch: Wie stark ist der Staat für den Schulerfolg aller Kinder verantwortlich? Es ist kein Zufall, hat die SVP bereits Grundsatzopposition angekündigt. Politische Ideologien helfen aber angesichts der Realität in vielen Schulzimmern nicht weiter. Gemäss Pisa-Studie haben 40 Prozent der Zürcher Jugendlichen sechs Jahre nach der obligatorischen Schule ungenügende Lesekompetenzen. Im Kanton Luzern sind nach Angaben der Behörden rund 15 Prozent aller Schüler auf zusätzlichen Deutschunterricht angewiesen.

Überlässt man eine so grosse Anzahl Kinder ihrem eigenen Lernschicksal, folgt die Rechnung in ein paar Jahren: Schüler, die Mühe mit Deutsch haben, kommen spätestens auf der Sekundarstufe nicht mehr nach. Sie benötigen zum Beispiel Unterstützung in anderen Fremdsprachen. Achtklässler, die nicht imstande sind, in korrektem Deutsch einen Bewerbungsbrief zu verfassen, haben geringere Chancen auf eine Lehrstelle. Arbeitslose Schulabgänger können dem Staat nicht egal sein; sie belasten zwar nicht mehr die Schul-, dafür die Sozialhilfebudgets. Der Kanton Zürich hat - wie alle anderen Kantone auch - ein grosses Interesse, seine Schüler möglichst früh zu fördern. Dass sich dies auszahlt, zeigen erste Erhebungen aus dem Pionierkanton Basel-Stadt. Dort haben Dreijährige, die an zwei Halbtagen pro Woche altersgerechte Sprachkurse besuchen müssen, nach einem Jahr ihr Deutsch klar verbessert. Das Beispiel Basel-Stadt ist für Zürich auch punkto Finanzierung lehrreich. Der rot-grün dominierte Stadtkanton kommt vollumfänglich für die entstehenden Zusatzkosten auf. Die Frühförderung ist nämlich nicht als Kostentreiber der ohnehin immer teurer werdenden Schule zu verstehen. Sondern als frühestmögliche Investition in jene Kinder, die ihre Schullaufbahn mit einem Nachteil starten. Sie wird sich auszahlen.

blogs.tagesanzeiger.ch



Politblog Millionen für den ukrainischen Präsidenten - Von Monica Fahmy*

200 Millionen US-Dollar für die Ukraine. So viel stelle die Schweiz dieses Jahr zur Aufstockung der Gold- und Währungsreserven zur Verfügung, steht auf der Website der ukrainischen Botschaft. Über der Meldung vom 22. Januar ist ein Bild des Präsidenten Petro Poroschenko und seines Amtskollegen Johann Schneider-Ammann beim Handshake in Davos zu sehen. Poroschenko dankt «der Regierung und dem Schweizer Volk für die Hilfe».

Schon 2015 hat die Schweiz 200 Millionen US-Dollar für die Ukraine gesprochen. Die Nationalbank zahlte dem Land das Geld als Teil eines Hilfspakets des Internationalen Währungsfonds. Die Zahlung hatten einige Parlamentarier kritisiert, das Thema verschwand aber schnell wieder vom Tisch.

Zwei Wochen nach dem Treffen der Staatsmänner verkündete der ukrainische Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius seinen Rücktritt. Der vom Westen viel gelobte Reformers sprach Klartext: «Mein Team und ich werden kein Feigenblatt für offensichtliche Korruption sein noch Marionetten für die, welche die alten Machtverhältnisse nutzen wollen, um öffentliche Gelder zu kontrollieren.»

Westliche Länder zeigten sich ob dem Rücktritt schockiert, als hätten sie ernsthaft den Beteuerungen der Regierung geglaubt, die Bekämpfung der Korruption geniesse Priorität. Der IWF warnte, man könnte die 17,5 Milliarden Dollar finanzielle Hilfe einstellen, wenn die Ukraine nicht endlich vorwärts mache mit der Korruptionsbekämpfung.

Der Druck auf Poroschenko wächst. Nun taucht sein Name in den Panama Papers auf. Zwei

Jahre ist es her, dass der Präsident (geschätztes Vermögen: 850 Millionen Dollar) versprochen hatte, seine Firmengruppe Roshen zu verkaufen. Stattdessen erscheinen in den Panama-Papieren Offshorefirmen auf den Virgin Islands, auf Zypern und in Holland. Es gibt (noch) keine Beweise für illegale Tätigkeiten, aber Poroschenko ist in Erklärungsnot. Was, wenn er mit den Konstrukten Millionen an Steuern umgangen hat? Die Offshoreindustrie kostet die Ukraine jährlich geschätzte 11 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen. Wäre das Geld vorhanden, müsste der IWF nicht so tief in die Tasche greifen, um dem Land zu helfen. Und wer weiss, ob die 200 Millionen der Schweiz dann nötig wären.

Die gute Nachricht: Die 200 Millionen sind dieses Jahr nicht geflossen. Das sei eine Fehlinformation, so das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF). Petro Poroschenko hat zu früh gedankt. Die 200 Millionen, die 2015 geflossen seien, sind laut SIF Teil «eines international breit koordinierten Hilfspakets zur finanziellen Stabilisierung des Landes» und an die Umsetzung eines IWF-Programms gebunden.

Natürlich macht es strategisch Sinn, anderen Ländern finanzielle Hilfe zu gewähren und somit zur Stabilität beizutragen. Unsere Regierung sollte aber genau prüfen, wem gegenüber sie sich grosszügig zeigt. Dass Schweizer Millionen in ein Land fliessen, während korrupte Eliten ihre Millionen in Steueroasen bunkern, kann und darf nicht Sinn der Sache sein.

* Monica Fahmy ist Ökonomin, Expertin Bekämpfung Wirtschaftskriminalität und Autorin.



Mamablog Getrennt oder allein erziehen? - Von Jeanette Kuster

Wer heute alleine mit seinen Kindern lebt, ist keine Ausnahme mehr. Zählte die Schweiz im Jahr 2000 noch rund 90 000 Alleinerziehende, so ist deren Zahl unterdessen auf mehr als 207 000 (Stand 2014) angewachsen. Der Grossteil dieser allein lebenden Elternteile ist weiblich: 170 000 Mütter stehen gerade einmal 37 000 Vätern gegenüber. Es sind nach wie vor vor allem die Frauen, die sich nach einer Trennung um den Nachwuchs kümmern. Aber tun sie das wirklich alleine?

Selten, zeigt jetzt eine neue Studie des Deutschen Jugendinstituts. Mehr als die Hälfte der Trennungskinder habe mindestens einmal pro Woche Kontakt zum anderen Elternteil, sagt die Forschungsdirektorin gegenüber der «Welt». Bei rund 5 Prozent der Familien würden sich die Eltern die Betreuung gleichmässig aufteilen, 20 Prozent der Trennungskinder hingegen haben gar keinen Kontakt zum anderen Elternteil.

In der Schweiz ist es ähnlich. Schätzungsweise vier von fünf sogenannten Alleinerziehenden erziehen den Nachwuchs nicht alleine. Deshalb häuft sich besonders auf Männerseite die Kritik am Wort «alleinerziehend», weil es den anderen Elternteil ausklammert. Neu solle deshalb von «getrennt erziehend» gesprochen werden. Auch Markus Theunert vom Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen findet die Begrifflichkeit «getrennt erziehend» sinnvoll. «Der Leitgedanke im neuen Sorgerecht wie auch im Unterhaltsrecht ist, dass Eltern Eltern bleiben, auch wenn sie sich als Paar trennen.»

Danielle Estermann, Geschäftsführerin beim Schweizerischen Verband alleinerziehender

Kann ein neues Wort das Verhalten der Eltern ändern?

der Mütter und Väter, findet diese Diskussion nachvollziehbar und wichtig. «Die Bezeichnung «getrennt erziehend» setzt unserer Meinung nach allerdings voraus, dass sich beide Elternteile um die Erziehung des Kindes bemühen und diese auch ungefähr zu gleichen Teilen ausüben.» Das würde gemäss Statistik momentan nur auf 6 von 100 Einelternfamilien zutreffen. Eine zu strenge Auslegung der neu aufkommenen Bezeichnung? Das sieht Estermann nicht so: «Die erzieherischen Anforderungen sind im Alltag höher als am Wochenende, wo öfters ein Auge zuge-drückt werden kann. Wird der Grossteil der alltäglichen Erziehung von einem Elternteil bestritten, kann man getrost von alleinerziehend sprechen.» Und sie gibt zu bedenken, dass sich viele Alleinerziehenden tatsächlich alleine gelassen fühlen, weshalb der Begriff für sie durchaus passend sei.

Wäre es denkbar, dass eine Änderung im Wortschatz auch eine Verhaltensänderung bewirken könnte? Würden die Väter sich (noch) mehr engagieren, wenn sie verbal miteinbezogen würden? Theunert hält das für möglich. «Die Bezeichnung könnte einen Beitrag zur Differenzierung leisten, um die wirklich allein Erziehenden von jenen zu unterscheiden, die sich getrennt, aber gemeinsam um die Kinder kümmern.»

Anzeige

Ihre persönliche



IM ABO LESEN UND PROFITIEREN

erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo, 0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

GOLDENYEARS – The Privileges Club

für aktive Menschen über 50

In diesem Club widerfährt Ihnen nur Gutes, Tag für Tag! Unter den andauernden Angeboten an High Class Produkten und Services mit einzigartigen Preisen - ist für alle, die gerne reisen - der Bereich TRAVEL besonders interessant:

- Travel Booking: weltweit die günstigsten Preise in Hotels und auf Flügen (auf Last Price nochmals Clubrabatte)
- MAURITIUS: Das ganze Jahr 20% Clubrabatt in den feinen Hotels der Beachcomber Group auf der paradisischen Insel.
- Die Ganzjahresleistungen bestehen praktisch in allen Lebensbereichen, so Brands & Fashion, Outdoor & Adventure, Gastronomie und Weine, Butler Services, Kultur & Events, Weiterbildung, Gesundheit, eigene Clubhotels (5-Stern) und -kostenlos - eine MasterCard® Gold mit begehrten Prestige Services.

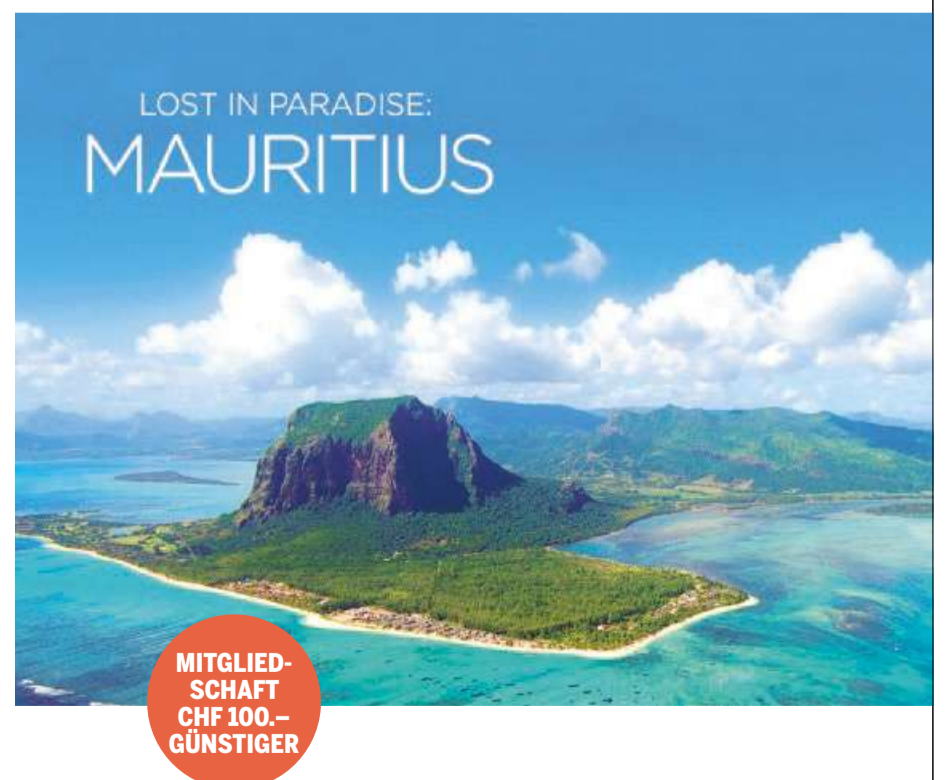
Bei den ersten Bestellungen ist die Jahresgebühr sofort wieder drin!

Ihr CARTE BLANCHE-Angebot

CHF 100.- Reduktion auf die erste Jahresgebühr im GOLDENYEARS The Privileges Club für aktive Menschen über 50: Mitgliedschaft zu CHF 400.- statt CHF 500.-

Mitgliedschaftsantrag

Den Mitgliedschaftsantrag können Sie online unter www.goldenyears.ch/ta ausfüllen mit Angabe Ihrer CARTE BLANCHE-Nr.



Du bist, was du liest.

Tages-Anzeiger